



Vier Fragen an:

Torsten Hofer (SPD), Kandidat für das Berliner Abgeordnetenhaus in der Abgeordnetenhauswahl 2026 im Wahlkreis Pankow 02

Alle Fragen beziehen sich auf die Stadtteile Wilhelmsruh, Rosenthal und Niederschönhausen

1. Die Wohngebiete in den o.g. Stadtteilen sind – insbesondere durch ortsfremden – Schwerlastverkehr mit allen Auswirkungen (Lärm, Abgase, Abnutzung von Straßen, Erschütterungen) stark belastet. In den letzten zehn Jahren konnte hier keine Verbesserung der Situation erreicht werden. Ein Gutachten des Senats hat eine mögliche großräumige Umfahrung im Süden aufgezeigt.

Sehen Sie die Reduktion des ortsfremden Schwerlastverkehrs als ein Ziel an, wenn ja, wie wollen Sie dies vor dem Hintergrund der bisherigen erfolglosen Versuche erreichen ?

Zu 1.:

Ja, ich möchte mich dafür einsetzen, den ortsfremden Schwerlastverkehr in Wilhelmsruh, Rosenthal und Niederschönhausen zu reduzieren.

Aus meiner Sicht bietet die Wahl am 20. September 2026 die Chance, diese „verfahren“ Situation aufzulösen, denn jede Wahl bringt politische und personelle Veränderungen mit sich – sei es in der BVV, im Bezirksamt, im Abgeordnetenhaus oder im Senat. Da ich selbst in den vergangenen drei Jahren kein politisches Wahlamt innehatte, bringe ich den nötigen Abstand, eine unvoreingenommene Perspektive und das volle Interesse mit, mich der Problematik des übergeordneten Schwerlastverkehrs mit der ganzen Aufmerksamkeit zu widmen.

Für mich stellt sich die Lage so dar, dass das Vertrauen von Ihnen als betroffene Anwohnerinnen und Anwohner (bspw. in der Kastanienallee sowie in weiteren Straßen) gegenüber dem Bezirksamt gestört ist. Viele von Ihnen bezweifeln nach meiner Wahrnehmung, dass das Amt bei den anstehenden Sanierungen die Interessen der direkt Betroffenen wirklich im Blick hat, bzw. gehen davon aus, dass der Bezirk sich bereits einseitig auf eine Variante festgelegt habe, die nun zu Ihren Lasten durchgezogen werden solle.

Ich halte diese Sorge auch für absolut nachvollziehbar. Deshalb sollten wir diese Verfahren auf null setzen bzw. ein Moratorium verhängen, um überhaupt wieder in einen echten Dialog treten zu können. Einen zeitlichen Verlust befürchte ich dadurch keineswegs: Mehrere Anwohnerinnen und Anwohner sind ohnehin klagebereit – vor

allem, wenn es um den *Ausbau* der Kastanienallee oder um den Abtritt von Grundstücksteilen geht. Ein neuer, gemeinsamer Dialog eröffnet uns hingegen die Chance auf ein besseres Planungsverfahren, das solche Rechtsstreitigkeiten möglicherweise entbehrlich macht.

2. Zahlreiche Straßen des übergeordneten Netzes in o.g. Verkehrsraum stehen zur Sanierung an. Aufgrund des begrenzten Platzes besteht häufig eine Flächenkonkurrenz zwischen Autoverkehr, Parkplätzen, Handwerker- und Lieferverkehr, Radverkehr und Bäumen, zulasten der Verkehrssicherheit und Nutzbarkeit für Anwohnerinnen und Anwohner.

Welches Konzept bzw. welche Priorität der o.g. Punkte verfolgen Sie bei der Raumaufteilung und Nutzung von Flächen bei zur Sanierung anstehenden Straßen ?

Zu 2.:

Ein fertiges Konzept „von der Stange“ habe ich nicht, da ich kein Verkehrsplaner bin. Zudem sind die bestehenden Straßenquerschnitte höchst unterschiedlich. Die Verkehrssituation in unserem Wahlkreis ist komplex; sie lässt sich nicht schematisch lösen, sondern bedarf einer vertieften Betrachtung im Rahmen eines eigenständigen Verkehrskonzepts mit differenzierten Lösungen. Deshalb setze ich mich im Falle meines Mandatsgewinns dafür ein, dass wir ein solches Konzept auf den Weg bringen.

Insbesondere trete ich für wirksamen Lärmschutz, Tempo 30 vor Kitas und Schulen, bauliche Maßnahmen gegen Raserei, einen verlässlichen ÖPNV sowie sichere Geh- und Radwege ein. Ich denke, dass dies gute Leitplanken sind, die sich in einem Verkehrskonzept konkreter ausbuchstabieren lassen.

Besonders emotional besetzt ist das Thema „Parkplätze und deren drohender Wegfall“. Ich möchte dem Thema nicht ausweichen und sage deshalb ganz klar: Die Beseitigung von Parkplätzen um ihrer selbst willen gehört zwar keineswegs zu den Zielen meiner politischen Agenda. Allerdings liegt es auch für mich auf der Hand, dass viele Verbesserungen im Straßenraum – wie etwa Fahrradspuren oder Gehwegvorstreckungen – häufig nur möglich sind, wenn auch in den „ruhenden Verkehr“ eingegriffen wird und daher nicht alle Parkplätze erhalten bleiben können.

Das bedeutet: Wenn es sich nicht vermeiden lässt, es gut begründet ist sowie entsprechende Alternativen geprüft wurden und sich die Gesamtsituation dadurch verbessert, habe ich kein Problem damit, für ein solches Konzept, das auch den Wegfall von Parkplätzen beinhaltet, einzustehen. Gerade mit Blick auf den unzureichenden Zustand unserer Geh- und Radwege-Infrastruktur wird dies realistischerweise bei vielen Neuplanungen von Straßen häufig auch gar nicht anders möglich sein.

3. Ein vom Verein für nachhaltige Verkehrsentwicklung e.V. eingebrachter Einwohnerantrag (BVV IX-1102) mit 1.400 Unterschriften (<https://kiezge-biet.de/antrag>), der die Erarbeitung eines integrierten Verkehrskonzepts nach

modernen Leitlinien¹ forderte, wurde von der BVV durch die LINKE, die AfD und die CDU abgelehnt.

Welche der sechs Leitlinien des Konzepts würden Sie in einem neuen Konzept unterstützen, bzw. was würden Sie ändern, damit es Ihre Unterstützung findet ?

Zu 3.:

Ich habe mir den Antrag durchgelesen und kann ihn unterstützen. Sprachlich hätte ich zwar einige Passagen anders formuliert, inhaltlich habe ich jedoch keine durchgreifenden Bedenken. Vor dem Hintergrund von 1.400 Unterstützungsunterschriften halte ich es für geboten, sich ernsthaft mit den Forderungen zu beschäftigen und sie nicht vom Tisch zu wischen.

Ich verstehe den Antrag so, dass er das Bezirksamt dazu auffordert, ein solches Verkehrskonzept überhaupt erst zu erarbeiten. Der Antrag selbst stellt also noch kein fertiges Konzept dar, sondern gibt den Anstoß dazu. Zudem enthält er sechs Punkte, die im Rahmen der Ausarbeitung betrachtet und bewertet werden sollen. Aus meiner Sicht sollten auch tatsächlich alle sechs genannten Aspekte in die Untersuchung einfließen.

Mit einem Beschluss in der BVV ist es jedoch nicht getan. Es ist dringend erforderlich, dass das Bezirksamt – beziehungsweise das beauftragte Planungsbüro – individuelle Haushaltsbefragungen im Einzugsgebiet sowie Werkstattverfahren / Workshops mit den Bürgerinnen und Bürgern durchführt. Für diese Phase der Beteiligung und Konzepterstellung sollte man sich realistischerweise ein Jahr Zeit nehmen und ein Moratorium für die bisherigen Planungen verhängen. Denn für die spätere Akzeptanz ist es entscheidend, sich zu vergewissern, dass wesentliche verkehrspolitische Maßnahmen – wie etwa eine Kiezblock-Strategie, die durchaus auch auf Widerstand treffen kann und gut erklärt werden muss – von der Anwohnerschaft tatsächlich mitgetragen werden.

Um es konkret zu machen: Ich persönlich befürworte Kiezblocks und habe kein Problem damit, ein solches Modell auch in unserem Wahlkreis zu etablieren. Mir ist jedoch wichtig, dass diese Maßnahme von der Bevölkerung vor Ort auch tatsächlich gewollt ist und wir alle dasselbe darunter verstehen. Wenn eine Mehrheit dahintersteht, können wir das umsetzen. Ich möchte aber vermeiden, dass wir alle fünf Jahre einen polarisierenden Wahlkampf darüber führen, ob der Kiezblock wieder abgeschafft werden soll. Ich trete hier für eine transparente Kommunikation des Bezirksamts ein, bei der verschiedene Varianten offen zur Abstimmung gestellt werden und alles jederzeit im Internet klar und verständlich aufbereitet nachschlagbar ist.

Die Anwohnerinnen und Anwohner müssen im Vorfeld aktiv beteiligt werden und dürfen nicht erst aus der Zeitung oder wenn die Bagger vor der Tür stehen erfahren, dass eine solche Maßnahme kommt. Wir müssen uns gemeinsam und ehrlich

¹ (1) Reduzierung ortsfremder Durchgangs- und Schwerlastverkehr, (2) Gleichberechtigung der Verkehrsarten hinsichtlich Sicherheit, Komfort, Schnelligkeit & Flächenzuweisung, (3) Verkehrssicherheit auch für schwächere Verkehrsteilnehmer durch bauliche Gestaltung von Straßen und Kreuzungen (4) Angebote Carsharing & ÖPNV, Platz für Liefer- und Handwerkerverkehr & Pflegedienste, (5) Reduzierung ortsfremder Schwerlastverkehr, (6) Klimagerechte Gestaltung von Straßen.
Originaltext unter https://bvv-pankow.berlin.de/pi-r/vo020_r.asp?VOLFDNR=7044

darüber im Klaren sein, was gewollt ist – mit allen Annehmlichkeiten, aber auch mit den möglichen Nachteilen.

Im Vorgriff auf diese Maßnahmen möchte ich mich dafür einsetzen, dass sich die vorhandenen Bürgerinitiativen und Netzwerke mit dem Bezirksamt an einen Tisch setzen, um das geplante (Beteiligungs-)Verfahren für die Erarbeitung des Verkehrskonzepts gemeinsam durchzusprechen und bei Bedarf anzupassen.

4. Warum sollen Menschen in den o.g. Stadtteilen Ihnen Ihre Stimme geben? Bitte nennen Sie uns stichwortartig drei konkrete Punkte im o.g. Raum, für die Sie innerhalb des ersten Jahres einen Beschluss herbeiführen wollen.

Zu 4.:

Mein politisches Angebot ist eine ehrliche, bürgernahe Politik. Meinem Stil entspricht es nicht, mich mit fremden Federn zu schmücken oder die Bürgerinnen und Bürger ungefragt mit bunten Broschüren zu überfluten, bei denen man den Angstschweiß, abgewählt zu werden, förmlich riechen kann. Eine gewisse Seriosität und Souveränität sollte man von Mandatsträgern schließlich erwarten dürfen.

In der kommenden Wahlperiode möchte ich mich im Finanzausschuss (Hauptausschuss) einbringen. Für viele Infrastrukturmaßnahmen in unserem Wahlkreis wird es entscheidend sein, dort mit einer starken Stimme vertreten zu sein. Die Arbeit in diesem Gremium kenne ich bereits aus meiner ersten Amtszeit von 2016 bis 2023.

Die drängendste Aufgabe wird es sein, im nächsten Jahr den neuen Landeshaushalt 2028/29 zu verhandeln – der Haushalt für 2027 steht bereits. Diese Verhandlungen werden sicherlich anspruchsvoll.

Für die neue Wahlperiode habe ich mir drei klare Schwerpunkte gesetzt, die ich gerne auch in einem Koalitionsvertrag für 2026 bis 2031 unterbringen möchte:

1. bezahlbares Wohnen
2. ein schneller und verlässlicher ÖPNV sowie
3. sichere Geh- und Radwege

Das sind naturgemäß plakative Überschriften, da im Wahlkampf auch nicht jedes Detail erörtert werden kann. Ich bin jedoch überzeugt, dass diese Akzentuierung den Menschen vor Ort eine Orientierung bietet und ihnen die Entscheidung erleichtert, mir ihre Stimme zu geben.

Darüber hinaus basiert meine Kandidatur auf dem Wahlprogramm der Berliner SPD sowie dem Bezirkswahlprogramm der Pankower SPD, die Sie beide auf meiner Internetseite www.torsten-hofer.de abrufen können.

Berlin, den 11.09.2026
Torsten Hofer